

Börsen- und Handelsteil

Notwendigkeit öffentlicher Auftragerteilung

Die Commerc- und Privat-Bank beschäftigt sich in ihrer letzten Monatsrechnung mit den Umständen am Markt der Steuerzuschüsse, die immer noch in keinem Verhältnis zu den Summen, die sich theoretisch schon jetzt im Verkehr befinden, stehen müßten. Eine durchgreifende Milderung der Lage könnte aber, so wird vielfach argumentiert, nur durch eine Auftragserteilung der öffentlichen Hand herbeigeführt werden, die aber das bisherige Arbeitsbeschaffungsprogramm weit hinausgeht und die die Kreditmöglichkeiten, die dem Staat usw. zur Verfügung stehen, in umfassender Weise ausschöpft. In der Tat scheint von den Steuerzuschüssen nicht immer derjenige Gebrauch gemacht zu werden, der ihren Erfindern vorzuziehen ist, sei es nun, daß die einzelnen Unternehmer die Steuerzuschüsse lediglich zu dem Zweck verkaufen, um ihre Verbindlichkeiten zu vermindern, sei es auch, daß private Empfänger die Zuschüsse mangels einer anderen Verwendungsmöglichkeit einfach in den Portefeuilles behalten. Von einer allgemeinen Tendenz zur Verteilung der Steuerzuschüsse, wie sie doch den Sinn der ganzen Einrichtung darstellt, kann bisher kaum die Rede sein. Das ist auch in gewisser Weise verständlich, wenn man sich in die Lage des einzelnen Unternehmers versetzt. Dieser wird doch, da er in erster Linie privatwirtschaftlich denken und handeln muß, zur Vergrößerung seines Betriebes, zur Arbeit im Vorrat usw. erst dann schreiten, wenn sich ein vergrößerter Bedarf erkennen läßt, der die von ihm hergestellten Erzeugnisse aufzunehmen vermag. Damit, daß der eine auf den anderen wartet, ist es aber nicht getan; es muß ein Anstoß geschaffen werden, der der Schaffung eines zusätzlichen Konsumtendbedarfes die Wege ebnet. Hierzu sei aber nur die öffentliche Hand in der Lage.

Devisenüberschuss und Kreditkredit

Wesentlich der vorerwähnten Erneuerung des 100-Millionen-Kredits der Reichsbank hatte die Bank von Frankreich die Bedingung durchgesetzt, daß bei einer etwaigen Vermehrung des Devisenbestandes der Reichsbank 10% dieses Mehrbetrages zur teilweisen Rückzahlung verwendet werden müßten. In Paris hält man es nach Berliner Blättermeldungen nicht für unmöglich, daß der Devisenbestand gegenüber dem 4. September eine leichte Zunahme aufweisen könnte. Von der Differenz zwischen dem Devisenbestand am 4. September und dem vom Ende des Monats November müßten dann, wenn sie eine Devisenvermehrung bedeutet, also 10% an die vier Gläubigerbanken abgeführt werden.

Adam Opel u. G., Rüsselsheim a. M.

Der Geschäftsbericht für 1931

Nach dem erst nach der Hauptversammlung der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Geschäftsbericht des Vorstandes erzielte die Gesellschaft im Jahre 1931 einen Bruttogewinn von 11.834.000 RM., davon an Zahlungsmitteln 3.440.245 RM., sozialen Abgaben 1.270.847 RM., Steuern 1.190.198 RM., Zinsen 670.890 RM. und Abschreibungen 3.218.000 RM. gegenüber, so daß sich ein Reinertrag von 3.578.608 RM. ergibt, um den sich der Reinertrag aus 1930 auf 15.969.950 RM. erhöhte.

Der Vorstand führt hierzu u. a. an: Trotz der gemäßigten Erleichterungen, denen die Wirtschaft auch im Jahre 1931 noch in hohem Maße ausgesetzt war, und trotz der schweren Sonderlasten der Automobilindustrie in Deutschland haben wir in dem Berichtsjahre unbeschert an der Durchführung und dem Ausbau unseres Programms weitergearbeitet. Unsere in letzteren Jahren erzielten und Versuchen entwickelten und erprobten 1,5 Liter Personen- und Lieferwagen führten sich ebenso schnell und erfolgreich ein, wie unsere neuen Sixtalfahrzeuge. Wenn wir trotz des Erfolges auf dem Inlandsmarkte in dem Berichtsjahre noch mit einem Verlust von 3.878.008 RM. abgeschlossen, so liegt dies neben der Schrumpfung des Gesamtmarktes vornehmlich auch an der bei dem noch anhaltenden allgemeinen Rückgang des deutschen Automobilablaufes und mangelnder Erzeugnisse vornehmlich die Gesamtmarktlage im Inlandsmarkte konnte im Berichtsjahre durch unseren Export noch nicht voll ausgeglichen werden, obwohl dieser selbst einen höchst erfreulichen Aufschwung genommen hat. Wenn die deutsche Automobilablaufentwicklung nunmehr aktiv geworden ist, so ist dies auf den Opel-Export zurückzuführen. Unter Hauptgeschäft, das wir im Berichtsjahre auf so gesunde Grundlagen gestellt haben, daß jetzt etwa 80 Prozent auf Vorauszahlung-Basis verkauft werden, entwickelte sich befriedigend. Da das Preisniveau sich gegenüber dem Vorjahre weiter verschlechtert hatte, war es notwendig, erhebliche Abschreibungen an den Beständen vorzunehmen. Die Entwicklung, die das Hauptgeschäft auch im Jahre 1932 genommen hat, rechtfertigt die Hoffnung, daß dieser Zweig unserer Fabrikation erneut sich zu einem wertvollen und gewinnbringenden Teil unseres Unternehmens gestalten wird.

Im der Bilanz

werden u. a. ausgewiesen: Kassa: 2.250.000 RM., Bankguthaben 228.298 RM., Wechsel 571.865 RM., Kassenkassen 4.800.800 RM., Wertpapiere 4.098.267 RM., Rohmaterialien 4.474.890 RM., Maschinen, Fabrikation 63.962.467 RM., Reichsmark, sonstige Grundstücke usw. 6.921.768 RM., Hypotheken, Darlehen, Beteiligungen usw. 2.906.708 RM., Passiva: Grundkapital 60.000.000 RM., Obligationen 8.400.000 RM., Rücklagen 109.174 RM., Verbindlichkeiten unter Einbehalten 9.400.000 RM., mittelfristige Verbindlichkeiten 1.500.000 RM., noch nicht fällige Verbindlichkeiten 1.408.296 RM., fällige Verbindlichkeiten 1.955.472 RM., Reserven für Abschreibungen auf Anlagen usw.

Hauptversammlungskalender

29. November:
 Katern: Vereinigte Maschinenfabrik Goldene Kue K.-G., Berlin; Berlin-Gubener Fabrik K.-G. vorm. K. Gohn, Dresden; Dresdner Maschinen- und Spinn-Manufaktur K.-G. (12 Uhr).
 Hamburg: Ruderwerke K.-G., Hamburg.
 Hannover: Hannoverische Maschinenbau-K.-G. vorm. Georg Caegehoff (Hannover).
 Leipzig: Tränker & Wäcker Nachf. K.-G., Leipzig-Gödenan.
30. November:
 Chemnitz: Georg Viermann Nachf. K.-G. — Zahnfabrik Hölz K.-G., Plauen i. A. Hölz.
 Nürnberg: Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb.
1. Dezember:
 Berlin: Bank für Kredit K.-G., Berlin. — Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik, Düsseldorf.
2. Dezember:
 Berlin: Deutsche Stahlwerke K.-G., Berlin.
 Duisburg: K.-G. für Eisen-Industrie und Brückenbau vorm. Joh. Caspar Carlort.
 Düsseldorf: Wolmühle & Co. Maschinenfabrik K.-G., Neufkirchen; Rheinische Brauereienwerke.
3. Dezember:
 Kue i. G.: Maschinenfabrik Hillmann & Lorenz K.-G., Bielefeld; Kater-Berke K.-G., Bielefeld.

Die Stellung der französischen Exportindustrie zu den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

Von unserem Pariser Korrespondenten

Paris, Ende November.

Gerade zur rechten Zeit, in dem Augenblick, wo die Verhandlungen über Revision des deutsch-französischen Handelsvertrags 1927 in Berlin begonnen haben, legt der Verband der französischen Exportindustrie eine dem engeren Kreis der Beteiligten zugängliche, äußerst gründlich dokumentierte

Darstellung über die deutsch-französischen Handelsbeziehungen der letzten fünf Jahre

vor. Alle die Einzelheiten dieser Darstellung mit ihren zahlreichen Tabellen und Zahlen, die auf Grund der amtlichen deutschen und französischen Statistik und der Angaben der deutschen Handelskammer in Paris aufgestellt sind, nachzuprüfen, ist Sache der Fachleute. Aber die grundsätzlichen Schlüsse und Erwägungen, zu denen der französische Verband der Exportindustrien gelangt ist, und die Vorschläge, die er zu den eben in Berlin begonnenen Verhandlungen macht, sind auch für die deutsche Allgemeinheit von größtem Interesse. Es doch ein gescheiter und gesunder Handelsverkehr zwischen Deutschland und Frankreich eine wesentliche Voraussetzung für eine gesunde deutsche Volkswirtschaft. Daß die Bilanz des deutschen Handels nach Frankreich in den letzten drei Jahren immer härter aktiv geworden ist, wenn auch seit 1930 ein beträchtliches Absinken dieser Aktivität zu beobachten ist, ist eine bekannte Tatsache. Nach der amtlichen deutschen Statistik ergab der Ueberschuss der deutschen Einfuhr nach Frankreich über die französische Einfuhr nach Deutschland noch in 1931 einen Wert von 8 Milliarden 118 1/2 Mill. Franken. Der französische Handel nach Deutschland dagegen blieb im gleichen Jahre 1931 mit 8 Milliarden 884 Mill. Franken passiv. Das Bild wird aber nur klar, wenn man bedenkt, daß der Wert der deutschen Einfuhr nach Frankreich von 1917 Mill. Reichsmark in 1930 auf 972 Mill. Reichsmark in 1931 gefallen ist. Ferner ist in Betracht zu ziehen, daß, wieder nach den Angaben der deutschen Handelskammer in Paris, an der deutschen Einfuhr nach Frankreich die Textilindustrien in Naturfaserwaren in den fünf Jahren 1927 bis 1931 mit der gewaltigen Summe von 1980,7 Mill. Reichsmark, also beinahe 2 Milliarden Reichsmark, beteiligt sind. Auf alle Fälle aber bleibt

der deutsche Handel nach Frankreich dem französischen Handel nach Deutschland weit überlegen.

An der gesamten französischen Einfuhr ist der deutsche Handel im Jahre 1931 mit 14 1/2 Prozent beteiligt. An der gesamten deutschen Einfuhr fremder Waren ist der französische Handel nur mit 5,1 Prozent beteiligt. Aber es ist auch beachtenswert, daß sich dieser letztere Prozentsatz im Laufe von vier Jahren kaum verändert hat.

Wiel wichtiger dagegen ist, daß der französische Verband der Exportindustrien offen feststellt, daß

der Warenexport nach Deutschland und Frankreich in allem wesentlichen eine naturgegebenes Ergänzung

darstellt, d. h. jedes Land erhält von dem andern, was es selbst nicht hat. Wohlgeachtet, auf diese Weise. So liefert, um nur das Allereinstimmigste zu erwähnen, Deutschland an Frankreich vor allem Rohstoffe (für 720 Mill. Franken in 1930), Holz, Eisen und Stahl, Maschinen der verschiedensten Art, besonders Motoren und Spezialwerkzeugmaschinen, Schiffe, Fahrzeuge, elektrische Apparate, Seidengewebe, Farben und chemische Präparate, Holz und Papier usw. Frankreich dagegen liefert an Deutschland in erster Linie Getreide, Wolle und Wollwaren, Leder, Eisenwaren und dann seine landwirtschaftlichen Produkte wie Früchte, Blumen, Wein, Rasse usw. Des weiteren stellt der französische Exportverband fest, daß die deutschen Abnehmer der französischen Waren meistens die Konsumenten selbst sind, während die französischen Abnehmer der deutschen Waren, der Art der deutschen Einfuhr entsprechend, im wesentlichen die französischen Produzenten sind. Daraus ergibt sich, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, daß die französische Einfuhr in Deutschland ganz wesentlich von der Kaufkraft, also dem Wohlstand der deutschen Bevölkerung, abhängt, daß somit die deutsche Arbeitslosigkeit und der ganze gegenwärtige Tiefstand der deutschen Wirtschaft, vor allem auch die Herabsetzung der Gehälter und Löhne in Deutschland, die französische Einfuhr bei und auf schwerste geschädigt haben. Der französische Exportverband legt in seiner Denkschrift hinzu, daß umgekehrt der deutsche Export nach Frankreich verhältnismäßig viel weniger von der allgemeinen Wirtschaftskrise betroffen werden konnte, weil sich diese in Frankreich bisher viel weniger geltend gemacht habe und weil die Empfänger

der deutschen Einfuhr, die Produzenten, einen längeren Atem haben als der einzelne Konsument. Wörtlich kann man dann in der Denkschrift des französischen Exportverbandes lesen, daß es durchaus erwünscht sei, wenn Deutschland seine Maschinen gegen französische Gewebe, Farben, Kleidung, Parfümerie, Wein, Früchte, Blumen usw. austausche. Unschätzlicher Weise aber stehen diese auf der Seite der Tarifschutzhüter und dem allgemeinen Interesse der beiden Länder angebotenen Wünsche mit zahlreichen Sonderinteressen einzelner konkurrierender Industrien zusammen.

Ganz dringend verlangt darum der französische Exportverband die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

Von dieser Zusammenarbeit, im Zusammenhang, mit welcher auch der bekannte wirtschaftliche Hilfsabkommenplan für Europa erwähnt wird, ist, nach Ansicht des französischen Exportverbandes, jede endgültige Regelung in Europa, die Wiederherstellung des Vertrauens, des Wohlstandes und eines dauerhaften Friedens mit in erster Linie abhängig.

Der französische Verband der sehr mächtigen Exportindustrien hat

diese Gesichtspunkte Ende Oktober dem Ministerpräsidenten Herrriot in einem an diesen gerichteten Brief ausführlich auseinandergesetzt.

Der Delegierte des Verwaltungsrates des Verbandes, A. Lemaire, war so freundlich, uns eine Abschrift dieses Briefes zur Verfügung zu stellen. Darin liest man, die Passivität der französischen Handelsbilanz Deutschland gegenüber, ebenso wie umgekehrt die Aktivität der deutschen Handelsbilanz Frankreich gegenüber, sei im Grunde genommen unvermeidlich. „Frankreich ist arm an Rohstoffen und muß notgedrungen den größten Teil derselben für seine Verarbeitungsindustrie einführen. Auch in normalen Wirtschaftsjahren muß Frankreich im Ausland für annähernd 5 Milliarden Goldfranken Rohstoffe kaufen.“ Weiter wendet sich dann der Exportverband grundsätzlich

gegen die französische Kontingentierungspolitik,

die dem deutschen Handel bekanntlich schwer geschadet habe, denn der Rückschlag auf den französischen Handel nach Deutschland sei nicht ausgeblieben. Es habe keinen Sinn, heißt es in dem Brief des Verbandes an Herrriot, einige französische Industrien, die für sich dauernd Schutzgölle verlangt hätten, von jeder ernsthaften ausländischen Konkurrenz zu befreien. Denselben französischen Industrien, die auf den Export nach Deutschland angewiesen seien, würden durch eine solche Politik nur geschädigt. Das Gebieten solcher künstlich geschützter Industrien in Frankreich nennt der Verband eine Freizugabläufe und erklärt, die Durchführung einer vollkommen gleichen Handelsbilanz zwischen Frankreich und Deutschland sei in der Mehrzahl der Fälle unüberführbar. „Mit anderen Worten: man muß danach trachten, unseren Export zu vergrößern, aber nicht danach, den deutschen Import bei und ewig zu verkleinern. Die französische Kontingentierungspolitik hat sich sehr rasch als ganz besonders verhängnisvoll für Frankreich erwiesen.“ Daher schlägt der Verband vor:

„Vorsichtselnde Aufhebung der Kontingentierung, keine neue Schutzgölle, Erhöhung der französischen Zolltarife nur für eine kleine Anzahl von Industrien.“

Und der Ministerpräsident wird beauftragt, an jeden Kreis der letzten Verhandlungen mit Deutschland den Eindruck zu vermitteln, als ob Frankreich sich in eine internationale, gegen Deutschland gerichtete Front der Schutzgölle einreihen wolle. Denn dadurch würden nur die leichtesten Anzeichen einer wirtschaftlichen Neubelebung in Europa im Keim erstickt werden. Außerdem würde die Lebenshaltung in Frankreich damit noch mehr verteuert werden. Ausdrücklich verlangt der Verband auch in seinem Schreiben Herabsetzung der französischen landwirtschaftlichen Schutzgölle. Der Verband warnt den Ministerpräsidenten eindringlich vor der Aufstellung eines neuen schutzgölkartigen Zolltarifs. Im Gegenteil müßte Deutschland bei gewissen Positionen sogar eine Herabsetzung des französischen Tarifs vorschlagen werden, nämlich bei den Positionen, wo eine ernsthafte französische Konkurrenz für deutsche Waren gar nicht existiert. Dagegen verlangt der Exportverband deutscherseits ebenfalls für die Erzeugnisse der wichtigsten französischen Exportindustrien mindestens die Aufrechterhaltung der gegenwärtig ihnen von Deutschland ausgetauschten herabgesetzten Tarife.

Sollnachrichten

Sollnachricht: Im schatzamtlichen Solltarif sind kürzlich zahlreiche Sollveränderungen vorgenommen worden. Hierbei wurde u. a. der Soll auf Erzfaktoren, der zuvor nicht bestand, mit 10% ad valorem festgelegt. Der Soll auf Ledererzeugnissen, Lederanlagen usw. wurde eine Erhöhung von 8% auf 10% ad valorem, der Soll auf Maschinen, die für den Bergbau bestimmt sind, eine solche von 8% auf 5% ad valorem. Der Soll auf Holzgeräten und Schreibmaschinen beträgt neuerdings 25% ad valorem gegen 20% zuvor.

Portugal: Wie wir hören, ist dieser Tage der auf den Einfuhrzöllen lastende Zolltagessoll, der durchschnittlich 20% des gewöhnlichen Zolltarifs ausmachte, auf 5% ermäßigt worden. Hieron wird hauptsächlich die Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen, Kupfer-, Eisen- und Stahlblech betroffen.

Berliner Schluss- und Nachbörse vom 28. Nov.

Privatdiskont 1,875%
 Im Verlaufe war die Stimmung weiter unverändert, obwohl ein Pfundkurs von 3,195 gemeldet wurde. Schubert & Salzer gewannen 4%, in zwei Tagen also 8%. Deutsche Erdöl notierten 79 bis 80 (78,75), Schellische Gas erhöhte ihren Gewinn auf 4%, RWE auf fast 2%. Rückener wurden mit 1,5% höher bezahlt. Deutsch-Antarkt überstiegen den Pariskurs um 0,75%. Renten waren aberwiegend fest. Reichsschuldensforderung 79,5 bis 79,875 (71,75). Mittelbank 58 bis 58,75 (57,5). Reichsbahn-Vorzugsaktien 91,5 bis 91,75 (91,125). Pänder- und Stadtschulden waren bis 1% Doppelzinsensforderung bis 0,75% und Kommunalobligationen bis 0,5% höher. Die Börse schloß an den höchsten Tageskursen. Anhaltend erwartet man von der kommenden Regierung weitere Maßnahmen zur Hebung der Arbeitslosigkeit. Bevorzugt waren Goeth, Westfärschen, Erdöl, Harpenex.

Der Kassamarkt war weiter fest. Deutsche Schachtbau konnten mangels Angebots nicht notiert werden. Berlin-Gubener Gut gewonnen 8,8, Krefft auf Verkaufdarungen über eine Abschließung bei dem Unternehmen 8%, Göttschdt & Roentgen 7,25, Riebeck-Montan auf Steigerung der J. G. Farben-Aktie 1,875 und Plauerer Gardinen

1,75%. Enzinger Union konnten sich 1,5% erholen. Wagner & König zogen um 8%, Lingner um 1,875% und Erlanger Baumwollweberei um 1,25% an. Vereinigte Dazler Zement verloren 4%, Bremer Gas 3%, Heine & Co. 1,75% und Harburger Eisen 1%.

Frankfurter Abendbörse vom 28. November

Zusätzlich:
 Die Abendbörse verlief außerordentlich ruhig. Die erneut starke Pfundschwäche bestimmte neben der innerpolitischen Situation. Bedinglich Montanwerte waren bevorzugt und vermindert noch etwas freundlicher. Neue Rückener waren in Reaktion auf die letzte Steigerung um 0,75% abgesetzt. D. W. haben lagen 100% vernachlässigt und wurden erst gegen 10% auf 100% um 96,25 kaum verändert notiert. Am Rentenmarkt behielt Realisationsneigung, besonders späte Schulbuchforderungen und Mittelbankaktien lagen je 0,275% schwächer. Nachbörse bröckelten die Kurse weiter leicht ab.

Es wurden folgende Kurse notiert: Deutsche Staatsanleihen: Deutsche Reichsanleihe, Abteilung Mittelbank 58,37, beagl. Renten 5,8, 4% Schutzgölle 5,03, Kudi. Anleihen: Ungarn Gold 8,20, 5% Mexikaner 3,02, Bankaktien: Berliner Handelsgesellschaft 80,5, Deutsche Bank und Diskontogesellschaft 76, Dresdner Bank 61,75, Reichsbank 120, Bergwerksaktien: Huberus 41,5, Helfferich 48, Kali Wismar 100, Werreregeln 111, Rückener 48 bis 49,5, Mannesmann 56,75, Völsing 29, Rheinisch 70,25, Vereinigte Stahlwerke 55,75, Transportaktien: Sasag 16,75, Korbb. 100, 17,02, Industriaktien: Kue 55,5, KWB 83,57, Daimler 19, Deutsche Gold und Silber 141, Electr. Licht und Kraft 98,75, Electr. Lieferungen 70, D. W. Farben 95,36, Felten & Gulkaume 53, Welfärs 72,5, Th. Goldschmidt 28,75, Polmann 55,75, Palmmer 118, Metallgesellschaft 84, Müllerwerke 41,37, Siemens & Halske 120.

Auswärtige Devisen

* London, 28. Nov., 3.40 Uhr engl. Zeit. Devisenkurse: New York 117%, Montreal 87 1/2%, Amsterdam 70 1/2%, Paris 61,15, Brüssel 22,80, Mailen 62,81, Berlin 18,55, Schwed. 18,81, Spanien 30,05, Kopenhagen 14,10%, Stockholm 18,35, Oslo 19,37%, Dänemark 106, Ostindien 220 1/2%, Hongkong 107 1/2%, Madag. 94,30, Belgien 287 1/2%, Sofia 440, Moskau 255 1/2%, Rumänien 145, Konstantinopel 670 Dr., Athen 575 Dr., Wien 25,00, Warschau 16,40 Dr.,